

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 14

**Artikel:** Tote Macht und keine Erben  
**Autor:** Bahr, Jerzy  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093677>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Tote Macht und keine Erben

In Polen ist eine einmalige Lage entstanden: Die Partei kann nicht mehr regieren, und die Opposition kann noch nicht regieren. So läuft die Entwicklung den Entwicklungshelfern jeglicher Couleur davon, und als «stabiles» Element bleibt nur eine Wirtschaftskrise, die soziale Not bedeutet. Das Paradox will es, dass dies ausgerechnet das Resultat einer erstmaligen Vereinbarung von Partei und Opposition ist, das Land zusammen aus der Sackgasse zu führen.

Bei den Verhandlungen am runden Tisch zwischen Regierung und Solidarnosc hatte man den Wandel vom autoritären zum partnerschaftlichen (und später demokratischen) Systems skizziert, und die Wahlen in den Sejm, freie Wahlen mit eingeschränkten Auswirkungsmöglichkeiten, waren der bestmögliche erste Schritt in die richtige Richtung. Aber seither hat sich die politische Lage nicht geklärt, sondern ist noch komplizierter geworden. Daran «schuld» sind, wenn man so will, die polnischen Wähler. Sie haben in ihrer grossen Mehrheit ihr Interesse nicht an der Transformation des Systems bekundet, sondern an dessen Abschaffung. Und das ist gerade das, was hier und jetzt nicht zu haben ist.

## Der Zustand der Partei . . .

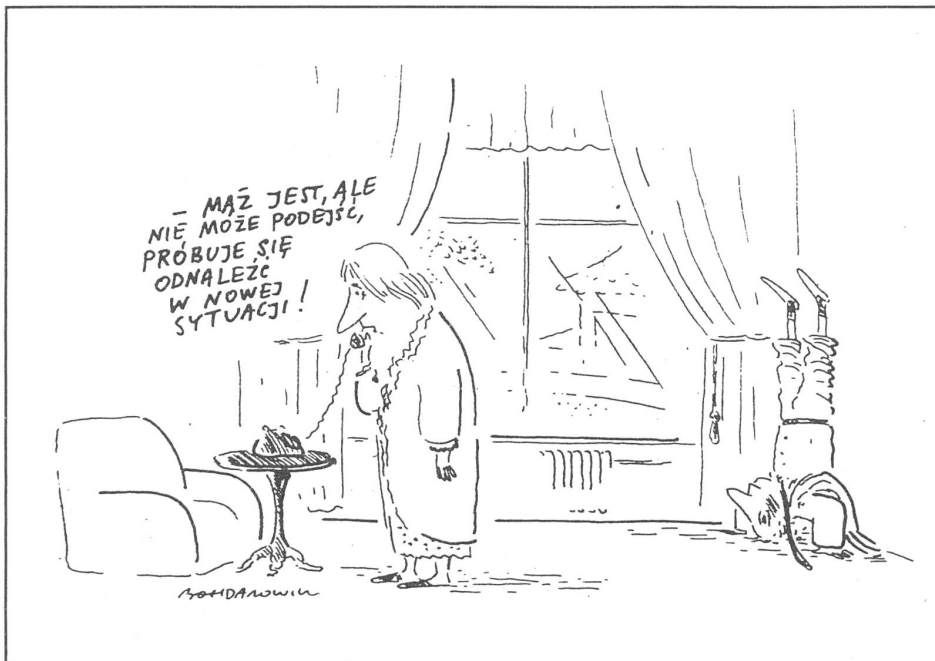
Die Wahlen waren nicht als machtscheidend angelegt, weil der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei = KP) und ihren beiden Satellitenparteien (die in dieser Eigenschaft damals vor ein paar Monaten, als gesichert gelten konnten) zum vornherein eine Zweidrittelmehrheit im Sejm zugesichert waren, wie immer die Wähler sich verhalten würden. Aber gleichzeitig waren die Wahlen der erste Popularitätstest, den die Partei nach 40 Jahren Alleinherrschaft zuließ, und in diesem diesbezüglich durchaus echten Test erlitt sie eine Niederlage, die ganz einfach vernichtend war. Das zeigte der erste Wahlgang, bei welchem die Polen praktisch nur den Oppositionellen die Stimme gab und die Parteikandidaten leer ausgehen liessen, sogar dann, wenn sie von der Solidarnosc als dialogfähige Partner unterstützt wurden. In dieser Beziehung trat jedoch bloss die vermutbare schlechte Meinung der Polen von der Partei über alle Mutmassungen hinaus deutlich zutage. Aber dazu kam, durchaus schlüssig, noch etwas anderes: die schlechte Meinung der Partei von sich selbst.

Die Wahlkampagne enthüllte eine geradezu ungläubliche Passivität der Kommunisten, die zur Konfrontation «im freien Feld» so wenig vorbereitet waren, dass sie sich ihr im Ernst überhaupt nicht stellten; unter den Bedingungen eines Konkurrenzkampfes verschwand praktisch ihr politischer Selbsterhaltungstrieb. Sie selber glaubten nicht daran, dem Wähler etwas bieten zu können, und sei es auch nur ein couragiertes Bekenntnis zu ihrer Parteimitgliedschaft in der Wahlschlacht. Schon vor der Entscheidung an der Urne schoben sie einander die Schuld am Misserfolg zu und taten sozusagen ihr Bestes, um sich eine Abfuhr zu sichern, die ihnen die Opposition ja zu ersparen suchte.

Sicher ist die Partei heute ohnehin schon ein zusammengesetztes Gebilde verzahnter Fraktionen mit der Haupteinteilung in Reformträger, «Betonköpfen» und Zentristen. Aber um gewahr zu werden, dass die Wahlen den internen Zerstückelungsprozess gewaltig beschleunigt haben, bedarf es keiner speziellen Analyse der unterschiedlichen Bestandteile. Was die PVAP heute ist, das weiss sie selber nicht mehr.

In ihren Reihen spricht man heute über die Notwendigkeit, den nächsten Kongress vorzuzuschieben, um dort die Partei neu zu definieren; bezeichnenderweise sucht man auch nach einem neuen Namen. Aber selbst die Wünschbarkeit einer wie immer situiereten neuen Einheit wird von vielen Mitgliedern nicht länger eingesehen. Immer lauter tönen die Stimmen, die nach einem «innerparteilichen Pluralismus» verlangen. Die Fraktionsbildung, laut marxistischer Rechtgläubigkeit das schlimmste Verbrechen für eine kommunistische Partei, ist als praktische Folge vorauszusehen. (In der Sowjetunion, wo der «innerparteiliche Pluralismus» oder bloss der innerparteiliche «Meinungspluralismus» als Ersatz für das formell abgelehnte Mehrparteiensystem zu gelten hat, sind die Voraussetzungen anders als in Polen mit der zugelassenen politischen Konkurrenz.)

Was kann man als Aussenstehender zum Zustand der polnischen Partei angesichts ihrer eigenen Äusserungen überhaupt noch zufügen? «Rzeczpospolita», das offiziöse Organ der polnischen Regierung, spricht davon, dass «alles ein Ende» habe und bescheinigt der Partei, ihre historische Rolle würdig gespielt zu haben. So in der gramma-



4 Anruf an den Genossen: «Mein Mann kann im Moment nicht herankommen; er sucht sich auf die neue Lage einzustellen.» («Szpilki», Warschau, Nr. 26/1989)

tikalischen Form der abgeschlossenen Vergangenheit. Und die oppositionelle Solidarnosc hatte dieser Partei eben noch eine neue Rolle als Partner zugeordnet, interimistisch zwar, aber noch unbefristet und damit zukunftsfruchtig.

**... und ihrer Ex-Satelliten**

Die Auswirkungen der Wahlen auf die Partei sind das eine, und das andere sind die Auswirkungen auf die «Satellitenparteien», die man als separaten Faktor bisher hatte vergessen dürfen. Sie haben eine Absatzbewegung eingeleitet, welche die ausgehandelte parlamentarische Mehrheit für die PVAP «plus» von Fall zu Fall in Frage stellt, und zwar schon ganz direkt.

Es geht um die Vereinigte Volkspartei (ZSL, eine Bauernvertretung) und die Demokratische Partei (SD). Die beiden treuen «Bruderparteien» hatten jahrzehntlang den «sozialistischen Pluralismus» im Sinne der gewünschten Augenwischerei dargestellt und als reine PVAP-Ablagen funktioniert, wie das natürlich auch von Anfang an die Meinung gewesen war. Aber nunmehr haben die Gremien dieser zwei Vasallenparteien plötzlich begonnen, öffentlich an ihre politische Genealogie aus der Vorkriegszeit zu denken und von ihren eigenen Interessen (als Bauern und Handwerker) zu sprechen. Das verändert die Sachlage. Noch kann man nicht von einem offenen Konflikt mit der PVAP sprechen, aber die vorgegebene Fügsamkeit gegenüber den Kommunisten gehört plötzlich der Vergangenheit an.

Was für eine Rolle kann das im Sejm spielen? Die Vereinbarungen vom runden Tisch hatten den Kommunisten insgesamt 65 % und der Opposition 35 % der Sitze im voraus

zugehalten. Aber nun beginnt es auf die «Feinverteilung» innerhalb der kommunistischen und prokommunistischen Zweidrittelmehrheit anzukommen. Im Sejm entfallen 38 % der Mandate auf die PVAP selber, dann 16,5 % auf die ZSL, 6 % auf die Demokratische Partei und 4,5 % auf andere (bis anhin) prokommunistische Gruppierungen. Je nach Verhalten ihrer Bündnisparteien kann die PVAP also in Minderheit gesetzt werden. Daran hatte zur Zeit der Vereinbarungen zwischen Solidarnosc und Regierung niemand im Ernst gedacht, aber nachdem sich die PVAP in den Wahlen als volksverlassene Partei erwiesen hat, ist das eine unmittelbar reale Möglichkeit geworden.

**Solidarnosc im mehrfachen Dilemma**

Das freilich torpediert nun auch die vernünftig ausgehandelten Ergebnisse der Gespräche vom runden Tisch. Die Solidarnosc, gewissermassen von ihrem eigenen Wahlerfolg erdrückt, sieht sich ihrerseits gehäuften Schwierigkeiten gegenüber. Ihre ganze Strategie war darauf ausgerichtet gewesen, einen Weg zur allmählichen Demokratisierung zu öffnen, unter Nutzung und Respektierung der vorhandenen Strukturen.

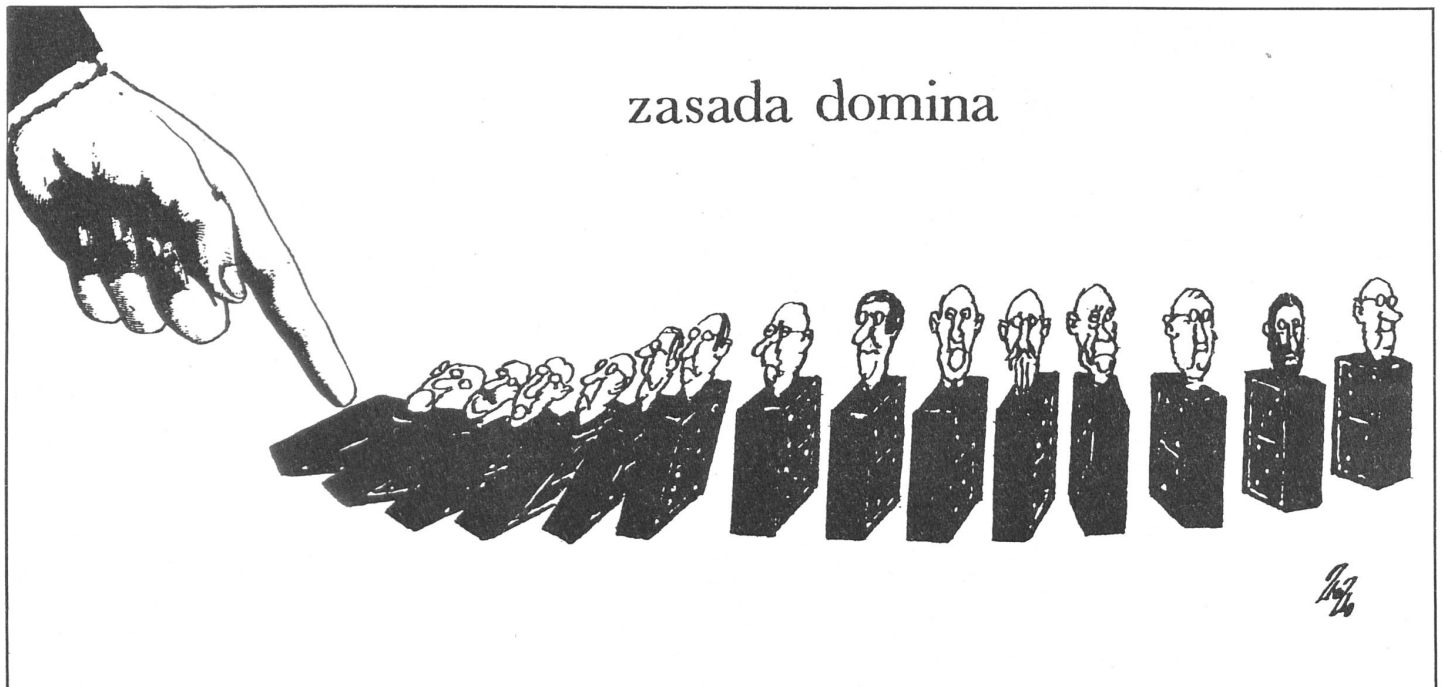
Nun haben die Wähler gezeigt, dass sie das anders sehen. Sie wünschen den Weg in die Zukunft nicht Schulter an Schulter mit den alten Machthabern zu gehen. Wenn es nach ihnen ginge, würde der Vergangenheit und ihren massgeblichen Kräften heute schon der definitive Abschied gegeben, und zwar zugunsten der noch gar nicht erbschaftsfähigen Solidarnosc, die auf keinen Fall ein zweites China provozieren will. Für die Solidarnosc stellen sich angesichts der neuen Situation mehrere Grundfragen,

einschliesslich solcher, die sie schon beantwortet zu haben glaubte.

Akut ist die Frage der Regierungsbeteiligung. Die Solidarnosc hatte sie noch unmitteibar nach dem ersten Wahlgang abschlägig beantwortet, in der Gewissheit, dass ihre parlamentarische Minderheit ohnehin garantiert sei. Sie sah ihren Auftrag in der konstruktiven Opposition und nicht im Abdecken einer doch parteibestimmten Regierungstätigkeit vor den Massen. Hinzu kam (oder kommt noch immer) die Ansicht, dass ein Mitregieren vor einer Erneuerung der Verwaltung auf mittlerer und unterer Stufe gar nicht möglich sei, da dort die reformfeindlichen Bürokraten versammelt seien, gewillt, jede grössere wirtschaftliche oder gesellschaftliche Änderung zu sabotieren.

Nun kommt es zur Wiedererwägung. Adam Michnik, Chefredaktor der Solidarnosc-Zeitung «Gazeta Wyborcza» und einer der namhaftesten Oppositionsvertreter überhaupt, schlägt eine Zweiteilung der Macht vor: Die PVAP solle den Staatspräsidenten stellen, die Solidarnosc den Ministerpräsidenten. Ohne sich diesem genauen Vorschlag anzuschliessen, drückte die Regierungszeitung «Rzeczpospolita» die damit vereinbare Meinung aus, Polen brauche eine Regierung, die sowohl auf eine parlamentarische Mehrheit als auch auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen könne. Die Frage ist beidseits geöffnet.

Eine weniger akute, aber fundamentale Frage stellt sich der Solidarnosc, was ihren eigenen Charakter angeht. Soll sie eine Gewerkschaft bleiben, soll sie zu einer politischen Partei werden oder gar zum Ausgangspunkt von mehreren politischen Parteien?



Das Dominanzprinzip. («Szpilki», Warschau, Nr. 26/1989)

Teilweise hat die Solidarnosc notgedrungen die faktische Rolle einer Oppositionspartei spielen müssen, bis zu diesem Jahr illegal, und manche möchten sie auf diesem Weg weitergehen lassen, weil sie den sonstigen neuen Parteien nicht zutrauen, ein genügendes Gegengewicht zum Apparat zu bilden.

Indessen spricht schon der gesunde Menschenverstand gegen eine solche Umwandlung. Die Solidarnosc hätte schon konkret die Aufgabe, die Gewerkschaftsstrukturen in den grossen Betrieben zu stärken, wo sie schwächer ist als in den Jahren 1980/81. Vor allem aber ist sie als Gewerkschaftsbewegung und als gigantische Volksbewegung über diese oder jene Couleur hinaus zu einem eigentlichen Wahrzeichen des Landes geworden; sie hat nur zu verlieren, wenn sie sich zu einem Teil der Parteienlandschaft «entwickelt», was immer der tagespolitische Nutzen wäre.

Schliesslich zeugt es von wenig Vertrauen in die Demokratie, den neuen Parteien quasi schon vor ihrer Geburt die Lebensfähigkeit abzusprechen. Es werden natürlicherweise christlichsoziale und christlichdemokratische Parteien entstehen, wahrscheinlich auch sozialistische und nationalistische. Weshalb soll das schlechter sein als eine künstlich vereinigte und künstlich zusammengehaltene Oppositionspartei? Unter der einzigen Bedingung, dass man ihnen ihre Tätigkeit überhaupt gestattet, werden sich die Parteien so entwickeln, wie das in einer parlamentarischen Demokratie normal ist, in jeweiligen Koalitionen für jeweilige Perioden, immer die Quittung ihrer Wähler vor Augen. Und sie hätten erst noch etwas, was die Parteien in andern Ländern nicht haben: das allen



«Danke, aber ich habe keinen Hunger.»  
(«Prze glad tygodniowy», Warschau,  
Nr. 17/1989)

## DER KOMMENTAR

### Auch eine «neue polnische Regierung»

Wie ein Erdbeben haben die Wahlen in Polen die kommunistische Macht erschüttert. Und mit Nachbeben kann die weitere Erosion der Macht verglichen werden. Für die Presse gibt es keine Tabus mehr; von der Zensur ist nichts zu spüren.

Das führt unter anderem auch dazu, dass Dinge publiziert werden, die im Westen sowenig bekannt sind wie im Osten und für deren Erwähnung kein ersichtlicher Anlass besteht, es sei denn das Motiv der dortigen Herausgeber, die Erosion noch zu beschleunigen.

So berichtete der sehr populäre «Express Wieczorny» (Warschau) in seiner Wochenendausgabe vom 23. Juni 1989 von illegalen Demonstrationen, die von der Opposition (sie ist auch eine Opposition gegen die Zusammenarbeit von Solidarnosc und Regierung) in einigen Städten durchgeführt

worden sind und in diesem Zusammenhang vom Bestehen einer polnischen Exilregierung in London.

Auffallenderweise erwähnt die Zeitung nicht nur die Namen von einem halben Dutzend oppositioneller Parteien und Gruppen – als ob sie diesen zusätzliche Publizität geben wollte –, sondern übernimmt auch deren politische Äusserungen und gibt diesen damit eine weit über die Möglichkeiten der Opposition hinausgehende Verbreitung.

Das ist nicht ohne Bedeutung, denn die Opposition protestiert gegen General Jaruzelski und erklärt, einzig die polnische Regierung in London anzuerkennen, welche die Republik Polen gemäss Verfassung von 1935 fortsetzt. «Gegenwärtiger Präsident der Republik Polen ist Kasimir Sabbat, und Ministerpräsident ist Edward Sczepaniate.»  
Hatten Sie das gewusst? *Max Keller*

zugängliche gemeinsame Geburtshaus, die überparteiliche Gewerkschaft Solidarnosc.

Indessen wünschen sich viele Polen von der Solidarnosc ein parteinäheres Auftreten, und die Alternativen des konkreten Verhaltens bringen ihr manches Dilemma.

Beispiel dafür waren vor kurzem die scharfen Kontroversen um das weitere Schicksal der sogenannten Bürgerkomitees, welche die Solidarnosc zum alleinigen Zweck der Wahlvorbereitung ins Leben gerufen hatte. Die Gewerkschaftsführung gedachte diese Gremien nach den Wahlen wieder aufzuheben, aber dieses Ansinnen verursachte einige Empörung an der Basis. Dort sieht man in den bewussten Komitees ein wichtiges Element zur Stärkung der Organisation auf regionaler Basis und kann nicht verstehen, weshalb man diese so erfolgreichen Körperschaften jetzt fallenlassen sollte. Das komme doch nur der Regimeseite zustatten, heisst es, und von dieser Argumentation ist der Schritt zu Verdächtigungen nur noch klein.

Für eine Beruhigung könnte der Landeskongress der Solidarnosc in etwa einem halben Jahr sorgen, aber Polen ist der beste Beweis dafür, wieviel in einer solchen Frist passieren kann.

#### Das heimliche Potential

Bei der Parlamentsbestellung sind rund 40 % der Wähler nicht zur Urne gegangen. Was ist mit ihnen? Eine gesicherte Antwort gibt es nicht, wohl aber einen Grund zur Beunruhi-

gung. Viele, die sich von den Programmen weder der Regierung noch der Solidarnosc einen Nutzen versprechen, könnten dafür auf den Strassen manifest werden, wenn sich die materielle Lage weiter verschlechtert. Sie sind zahlenmässig und organisatorisch nicht stark genug, um das System zu ändern, aber es braucht viel weniger, um die politischen Hauptkräfte aus dem labilen Gleichgewicht zu bringen und den Zug zur Demokratie entgleisen zu lassen.

Die laufende Kontroverse um Regierungs- und Präsidentschaft ist zur Zeit der Abfassung dieses Berichts noch nicht entschieden, und die politischen Sachfragen drängen nach. Es geht um den Zugang der Opposition zu den Massenmedien, um eine differenziertere Politik Polens gegenüber den andern sozialistischen Ländern, um eine allmähliche Öffnung zur Marktwirtschaft. Die polnische Gesellschaft sieht dem allen mit Gefühlen entgegen, die zwischen Apathie und Hoffnung schwanken.

Eher am Rande vom grossen Mischmasch hat der Sejm kürzlich ein Gesetz über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche verabschiedet. Die Position der katholischen Kirche wird durch einen ganzen Fächer von Vereinbarungen, denen man die mühsamen Verhandlungen zwischen Regierung und Episkopat nicht mehr ansieht, im Ergebnis eindeutig verstärkt. Vielleicht ist das ein gutes Omen für andere Verhandlungen, deren Mühsamkeit im Moment nicht zu übersehen ist.